

*Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales,
Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt
Rostock*

Flüchtlingspolitik aus kommunaler Sicht

AGW, Jena am 29.10.2015

Steffen Bockhahn

Agenda

1. Situation der Kommunen
2. Aufgaben der Kommunen
 1. Unterbringung
 2. Integration
3. Mögliche Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft



Situation der Kommunen

- ❖ Kommunen haben die Rechtspflicht zur Aufnahme
- ❖ kreisfreie Städte sind direkt, kreisangehörige Städte mittelbar mit den Zuweisungen konfrontiert
- ❖ Planzahlen der vergangenen Jahre völlig nutzlos
- ❖ Hansestadt Rostock 2014: insgesamt 280 Zuweisungen
- ❖ Hansestadt Rostock 2015: wohl ca. 1.500 Zuweisungen

Situation der Kommunen

- ❖ Bund und Länder beschleunigen Erstaufnahme
- ❖ dadurch immer schneller immer mehr Zuweisungen
- ❖ in Zentren seit Jahren nur noch geringe Leerstände
- ❖ viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren (auch auf Druck) große Teile des eigenen Bestandes verkauft und sind von Privaten abhängig

Situation der Kommunen

- ❖ häufig nur wenige Baugebiete nach §34 BauGB
- ❖ selten städteplanerische Konzepte für schnelle Steigerung der EinwohnerInnenzahlen vorhanden
- ❖ meist an KdU-Richtlinien gebunden, die soziale Durchmischung verhindern und zu einer Verfestigung von sozialen Brennpunkten führen würden
- ❖ meistens angespannte Haushaltslage

Aufgabe Unterbringung

- ❖ für die Dauer des Asylverfahrens ist Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zulässig
- ❖ optional kann auch dezentral in Wohnungen untergebracht werden
- ❖ je nach Bundesland werden 50-100% der Kosten durch die Länder übernommen

Aufgabe Unterbringung

- ❖ mit Ende des Asylverfahrens ist eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht mehr zulässig
- ❖ Anerkannte müssen umgehend mit Wohnraum versorgt werden, der i.d.R. KdU-Richtlinie entsprechen muss
- ❖ Anerkannte besitzen Freizügigkeit, was Planungen erheblich komplizierter gestaltet
- ❖ mit Anerkennung Möglichkeit des Familiennachzuges bei für Deutschland unüblicher Familienstruktur

Aufgabe Integration

- ❖ aktuelle Regelungen führen zu Verschärfungen der Lage in den sozialen Brennpunkten
- ❖ soziale Infrastruktur muss schnell angepasst werden
- ❖ Kindergarten und Schule sind beste und preiswerteste Formen der Integration und Kontaktaufnahme
- ❖ Stadtteilzentren und Mietertreffs haben zentrale Aufgabe, weil sie Ort für Begegnung sein können

Aufgabe Integration

- ❖ sprachliche Kompetenzen entwickeln, Kenntnisse über Land und Leute auf beiden Seiten vermitteln
- ❖ berufliche Integration forcieren, ohne Klischees und damit Zweiklassenbewusstsein zu bedienen
- ❖ Räume für den Austausch untereinander und übereinander schaffen
- ❖ Bildung von Communities fördern, diese nutzen, aber Abschottung durch Einbindung verhindern

Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft

- ❖ Wohnungen, Wohnungen, Wohnungen...
- ❖ möglichst gute soziale Streuung
- ❖ Informationen für die MieterInnen
- ❖ schaffen Sie Begegnungen
- ❖ begleiten Sie die neuen Nachbarn

Unterstützung der Kommunen durch die Wohnungswirtschaft

- ❖ helfen Sie bei der Schaffung von Infrastruktur
- ❖ Mietkauf, Miete, schlüsselfertige Herstellung
- ❖ machen Sie Druck, dass Wohnungsbau schneller und vor allem preiswerter möglich wird
- ❖ entwickeln Sie schon heute die Quartiere von übermorgen und diskutieren Sie diese Pläne öffentlich

Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!